

Interpellation Eva Gammenthaler, Tabea Rai (AL): Aufnahme von Geflüchteten

In der Sitzung vom 12. Dezember 2019 wurde die Dringliche Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Nora Krummen, SP/Tabea Rai, AL): Aufnahme von im Mittelmeer in Seenot geratenen Geflüchteten mit 49 Ja, 14 Nein und 2 Enthaltungen als Richtlinie erheblich erklärt.

Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort: «Der Gemeinderat ist sich der Problematik bewusst und teilt die Einschätzung der Motionärinnen und Motionäre. Die Stadt Bern engagiert sich bereits bisher im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten für die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten und der Gemeinderat ist bereit, hier Verantwortung zu übernehmen. Er setzt sich sowohl direkt beim Bund als auch im Rahmen der Städteinitiativen Sozialpolitik zusammen mit anderen Städten für die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge ein. Er will sich auch in Zukunft dafür engagieren und ist daher bereit, diese Motion als Richtlinie entgegenzunehmen.»¹

Zurzeit harren tausende Menschen an der griechisch-türkischen Landgrenze aus, seitdem der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Ende Februar verkündet hat, dass die Türkei Geflüchtete nicht mehr an der Ausreise hindern werde. Die, die sich über die Grenze nach Griechenland wagen, erwarten jedoch wütende Einheimische und rechte Schläger, welche Flüchtlinge, Journalisten und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen gewaltvoll angreifen.

Die Situation von Geflüchteten ist seit Monaten oder gar Jahren unhaltbar. Gerade in Anbetracht der aktuellen Situation ist die Schweiz nun aber gefordert, die Respektierung der Grundrechte und die Respektierung der Menschenrechte möglich zu machen. Die Stadt Bern muss jetzt mit gutem Beispiel vorangehen und sich beim Bund und Kanton dafür einsetzen, dass die Schweiz über das Mittelmeer geflüchtete Menschen aufnimmt und deren Asylgesuche bearbeitet.

1. Inwiefern unternimmt der Gemeinderat Bestrebungen in Bezug zur Möglichkeit für die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten?
2. Was wurde in dieser Hinsicht bis jetzt konkret unternommen?

Begründung der Dringlichkeit

In der Türkei werden die Geflüchteten aktuell nicht versorgt, sondern sich selbst überlassen und für andere politische Interessenkonflikte zwischen der Türkei und der Europäischen Union missbraucht. Ihre Menschenrechte werden so missachtet. Die Schweiz verfügt über die nötige Erfahrung und Infrastruktur, um vulnerable Personen aufzunehmen und deren Asylantrag zu prüfen. So kann Griechenland als Staat an der EU-Aussengrenze entlastet werden.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 12. März 2020

Erstunterzeichnende: Eva Gammenthaler, Tabea Rai

Mitunterzeichnende:

¹ Antwort Dringliche Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Nora Krummen, SP/Tabea Rai, AL): Aufnahme von im Mittelmeer in Seenot geratenen Geflüchteten/ 2019.SR.000287